

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt v. l. a.
Gesamt Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rats der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Sanitätsamts Riesa

Postfachkonto: Dresden 1553
Circulanz Riesa Nr. 82.

Nr. 83.

Montag, 7. April 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für Monat April 2 M. 50 Pf. durch Post, 2 M. 25 Pf. durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Fußnoten, feste Tarife, Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Verantwortliche Redaktionsbeilage: „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungs-Verrichtungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Bangert & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ublemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Die Lasten der Micumverträge untragbar.

Eine bemerkenswerte Rede Dr. Stresemann.

Paris, 6. April. In der Verlesung der Deutschen Volkspartei sprach Außenminister Dr. Stresemann über die außenpolitische Lage. Der Minister führte u. a. aus: Es ist vor aller Welt klar, daß das deutsche Reich nicht in der Lage ist, eine Finanzierung für die Fortführung der Micumverträge zu übernehmen. Das gleiche gilt auch für die deutschen Industriefirmen. Gegenüber den französischen Mitteilungen, wonach die deutschen Industriefirmen sich bereit erklärt hätten, die Micumverträge zu verlängern, kann ich erklären, daß die maßgebenden Vertreter der dortigen Industrie dies für ganz unmöglich erklärt haben. Große englische Banken haben jeden Kredit an deutsche Unternehmen abgelehnt, solange die Micumverträge bestehen, da sie diese Verträge als Erdbebenverträge ansehen, die die Rentabilität, ja auch auf die Dauer jede Existenz der deutschen Unternehmen vernichten.

Wesentliches zentraler Blätter aus Paris sagen, daß man von einer Wiederaufnahme des passiven Widerstandes an der Ruhr in Frankreich rede. Wir müssen uns ganz entschieden dagegen vernehmen, daß die Unmöglichkeit von Leistungen seitens des deutschen Reiches, die der französische Ministerpräsident früher so oft anerkannt hat, jetzt zum Ausgangspunkt einer neuen Konstruktion des passiven Widerstandes gemacht wird. Eine Reparationsleistung ist nur möglich, wenn an der Ruhr Frieden und Arbeit herrscht. Beginn aber eine neue Ära von Zwangsmaßnahmen, so wäre nicht nur die Atmosphäre für eine Verständigung, sondern auch die wirtschaftliche Grundlage dafür gefährdet. Deutschland hat durch Wunsch direkte Verhandlungen von Staat zu Staat über diese Frage zu erkennen gegeben. Die Verantwortung für ein Scheitern dieser Bestrebungen würde bei denen liegen, die eine solche Verständigung unmöglich machten.

Herr Poincaré hat für seine Politik heute Reden gehalten, aber man darf wohl fragen, durch welche internationale Abmachungen die Micumverträge Bestandteile bestehender internationaler Verträge geworden sind und welche alliierten Nationen bei diesen Verträgen mitgesprochen haben? Man darf weiter fragen, ob Herr Poincaré jetzt durch Europa, auf das er in seinen Erklärungen besonders hinweist, Vorteile davon haben wird, wenn in diesem reichen europäischen Wirtschaftsgebiet Kampf und Erbitterung statt Ruhe und Frieden herrscht.

Es ist eine freie Erkundung, wenn behauptet wird, daß der deutsche Außenminister auf das Urteil des Münchener

Vollgerichts einewirkt habe. Die Achtung und Wertschätzung des kaiserlichen Ludendorff wird keine Kritik einer auswärtigen Macht einem deutschen Minister verwehren können. Der Politiker Ludendorff muß sich die Kritik gefallen lassen, die jeder ertragen muß, der im öffentlichen Leben steht und an dem politischen Ludendorff habe ich in meiner Rede in Hannover herbe Kritik geübt. Von einer Beeinflussung des Münchener Volksgerichtes durch die Reichsregierung zu sprechen, zengt von einem vollkommenen Mißverstehen der deutschen Verhältnisse.

Man will weiter in Frankreich die Aufmerksamkeit der Welt auf angebliche deutsche Rückungen lenken, in dem man den Begriff vaterländische Verbände für gleichbedeutend erklärt mit bewaffneten Organisationen. Auch gegen diese Interpretation muß ich mich vernehmen.

Man gibt sich schließlich im Ausland, und nicht nur in Frankreich großer Sorge hin, ob die deutsche Reichsverfassung gegen Erschütterungen im Innern gesichert sei. Die Verfassung des Reiches ist eine deutsche Angelegenheit, soweit das Ausland an ihr interessiert ist, mag ihm aber das eine gesamt sein, daß einmal auch diejenigen Parteien, die programmatisch nicht auf die Republikverfassung eingestellt sind, genügend Verantwortlichkeit besitzen, um das Deutsche Reich in seinem heutigen schweren Leid nicht der Verlastung durch von Kämpfern auszuweichen. Die Deutsche Volkspartei steht auf dem Boden der Verfassung, das heißt, sie will die Veränderung der Verfassung nur auf verfassungsmäßigen Wege erreichen. Wenn aber das Wirken der verfassungstreuen Parteien in Deutschland nicht immer wieder auf neue erschüttert werden soll, dann ist es vor allem notwendig, daß man einer vernünftigen Reparationslösung zustimmt und daß Deutschland nicht fortgesetzten nationalen Demütigungen und Beleidigungen, wie sie kürzlich von Seiten des französischen Kriegsministers erfolgt sind, ausgesetzt wird. Daß Deutschland den guten Willen besitzt, bei erträglichen Leistungen zum endgültigen Frieden zu kommen, hat auch der Führer der Deutschnationalen, Excellenz Seeger auf dem Deutschnationalen Parteitag in Hamburg betont, als er erklärte: Es gibt niemand in unserer Partei, der nicht in Würdigung des übermächtigen Druckes, unter dem wir stehen, mühte, das es schwere Opfer zu bringen gilt, es gibt auch niemand, der nicht alles für eine erträgliche Lösung bringen möchte, was sich irgend aus der freien Arbeit eines arbeitskräftigen Volkes erübrigen läßt.

Eine Wahlrede des Reichszanlers.

Barmen, Reichszanler Marx sprach gestern hier in der Aula des Gymnasiums in einer öffentlichen Versammlung, die von der Zentrumspartei der Stadt Barmen veranstaltet worden war, und zu der etwa 1500 Personen, auch Angehörige anderer Parteien, erschienen waren. Bei seinem Erscheinen wurde der Reichszanler äußerst herzlich begrüßt.

Nach einem kurzen Rückblick auf die Zeit, die er in seiner früheren richterlichen Tätigkeit im Wuppertal verbracht hat, führte der Reichszanler etwa folgendes aus:

Die Reichsregierung steht es als einen Erfolg ihrer Arbeit an, daß in den letzten Monaten in den inneren Verhältnissen Deutschlands eine gewisse Beruhigung Platz gegriffen hat. Auch außenpolitisch sind wir vor schweren Erschütterungen bewahrt geblieben. Es scheint jedoch, als ob wir jetzt wieder vor ersten und für unser Volk entscheidenden Ereignissen stehen. Die Gutachten der ausländischen Sachverständigen werden in wenigen Tagen bekannt sein und in den nächsten Wochen dürfte auch die Entscheidung der Reparationskommission über die Sachverständigenurteile fallen. Die Regierung wird nach Bekanntwerden der Gutachten mit aller Gewissenhaftigkeit und Grundsätzlichkeit prüfen, ob die darin niedergelegten Folgerungen und Urteile für das deutsche Volk tragbar und die erforderten Leistungen richtig bemessen und erträglich sind. Sie wird ihre Zustimmung nur zur Übernahme von Leistungen geben, die unter Anspannung aller nationalen und wirtschaftlichen Kräfte vom deutschen Volke auch wirklich getragen werden können.

Die trübten Erfahrungen der letzten Zeit werden wohl auch dem kurzschichtigsten deutschen Staatsbürger die Augen darüber geöffnet haben, daß unser Handeln in erster Linie sich nach der Außenpolitik zu richten hat und dadurch bestimmt wird. Ich verhehe recht wohl, daß ein von starkem vaterländischem Gefühl erfülltes Herz sich aufstauen muß gegen all das, was wir in den letzten Jahren erlebt haben. Wir Deutsche haben eine Geschichte, die uns mit tiefstem Stolz erfüllen muß — wir haben im Weltkrieg eine Zeit nationaler Erhebung erlebt, die keiner von uns missen möchte.

Man wirft uns Mangel an nationaler Gesinnung vor, weil wir auf Verständigung mit dem übermächtigen Gegner bedacht gewesen sind und jede Möglichkeit benutzt haben, um zu Verhandlungen über unsere Leistungen aus dem Friedensvertrag zu gelangen. Der Friedensvertrag soll zerrissen werden, wir sollen jede Leistung aus dem Friedensvertrag ver-

weigern! Wahrscheinlich, es könnte Herrn Poincaré kein größerer Gefallen geschehen, als wenn einmal eine deutsche Regierung so töricht wäre, dieser Aufforderung Folge zu leisten. Die Herrschaften hätten sich auch wohl die Folgen eines solchen Tuns darzulegen. Jeder Einrichtige wird sich ohne weiteres klar machen können. Frankreich ist nun einmal zurzeit die stärkste Militärmacht der Welt. Es ist geradezu Wahnsinn, ein wehrloses Volk zum Widerstand gegen eine hundertfach überlegene Armee, ausgerüstet mit den modernsten Kriegswerkzeugen, anzukämpfen. Es ist Verbrechen am Vaterland, durch Aufspaltung nationaler Lebenskräfte die Macht in unser Volk hineinzutragen, wo uns all in einmütigen und entschlossenen Auftreten eine gewisse Stärke nach außen zu verleihen vermag. Es würde den Zerfall des Reiches, die völlige Zerstörung des deutschen Volkes zur Folge haben, wenn wir dem wahrnehmlichen Verlangen reichsdiktatorischer Kreise nachkommen wollten.

Es muß aber einmal mit aller Entschiedenheit festgestellt werden, daß kaum etwas mehr den Bestrebungen nationalitätlicher Phantasten Vorstoß geleistet hat, als das unter nationale Empfinden häufig so hart verletzende Verhalten der Ententemächte, namentlich Frankreichs und Belgiens. Seit Jahren gibt sich Deutschland redliche Mühe, zu einer Verständigung mit der Entente über die von uns zu tragenden Lasten zu gelangen, aber immer sind weitere Bedrückungen die Antwort auf unser Bemühen gewesen. Herr Poincaré wiederholt bei jeder Gelegenheit nur immer wieder dieselbe Formel: Das Ruhegebiet wird nicht freigegeben, bevor nicht volle Zahlung geleistet ist. Wenn tatsächlich in Deutschland die nationalitätliche Welle fürier angeispolen ist denn je, wenn vielfach die Befürchtung gehagt wird, daß der kommende Reichstag durch die Zunahme der extremen Parteien nicht arbeitsfähig sein wird, so wird daran die hemmungslose Bedrückung Deutschlands durch Frankreich einen großen Teil der Schuld tragen. Oder will man gar Deutschland in diesen Zustand hineintreiben? Manchmal möchte man es fast glauben, wenn in der französischen Presse jedes Wort, das den berechtigten nationalen Empfindungen des deutschen Volkes Rechnung trägt, zu einem nationalitätlichen Erzeß und zu reaktionärem Geschrei verkehrt wird. Ohne Achtung vor dem deutschen Nationalgefühl wird die internationale Atmosphäre nie entspannt und entsigtet werden.

Die Versammlung spendete den Ausführungen des Kanzlers äußerst lebhaften Beifall und schloß mit einem freudig aufgenommenen Hoch auf das deutsche Vaterland und den Reichszanler Marx.

Streikgefahr bei der Reichsbahn.

Berlin. Die Morgenblätter melden, daß die Lage bei der Reichsbahn im Laufe der letzten 24 Stunden eine weitere Verschärfung erfahren habe. Der Streik breitet sich weiter aus und hat nun auch auf Nürnberg übergriffen. Ebenso ist der Güterverkehr an der Schweizer Grenze auf der Strecke Weil-Sigmaringen nach Basel zum großen Teil unterbrochen. In Hamburg sind weitere Betriebswerkstätten außer Tätigkeit gesetzt. Die Blätter teilen weiter mit, daß die Lage sich noch weiter dadurch verschärfen werde, daß das Kabinett jetzt auch seine Zustimmung zu dem neuen Tarifvertrag zwischen dem Reichspostministerium und den Postarbeitern verweigert habe. Die Postarbeiter wollen nunmehr, wie aus gewerkschaftlichen Kreisen verlautet, sich dem Vorgehen der Eisenbahner anschließen.

Der Deutsche Eisenbahnerverband hatte gestern Sonntag seinen Hauptrat nach Berlin berufen. An der Tagung nahmen 27 Delegierte der einzelnen Bezirke teil. Der erste Vorsitzende erstattete Bericht über die bisherigen Verhandlungen mit dem Reichspostministerium. Er erklärte, den Hauptwiderstand gegen die neue Regelung liege das Reichsfinanzministerium. Er drohte, daß der Kampf, der nunmehr auf der neuen Linie zu erwarten sei, dem Reich in wenigen Tagen mehr kosten werde als die Löhne für alle Eisenbahner im ganzen Jahre betragen. In der Aussprache wurde an der Haltung der Regierung außerordentlich scharf Kritik geübt. Die Sitzung wurde hierauf auf heute vormittag vertagt.

Heute tritt auch der christliche Eisenbahnerverband zusammen.

Zur Lohnbewegung der Eisenbahner.

Berlin. Die von einzelnen Berliner Zeitungen verbreiteten Nachrichten über Aufspaltung der Lohnverhandlungen innerhalb der Reichsbahnverwaltung entbehren der Begründung. Nach der Beratung dieser Fragen im Kabinett am Sonnabend mittag sind die Vertreter der Reichsverkehrsverwaltung und des Personals am Sonnabend nachmittag wiederum zu Verhandlungen zusammengetreten. Diese Lohnverhandlungen sind zu einem abschließenden Vorschlag des Ministers an die Gewerkschaften geblieben, der um ein wenig hinter dem zurückbleibt, was die Personalvertreter zuletzt verlangt haben. Die erweiterten Vorstände der beteiligten drei Organisationen haben Sonntag und Montag hierzu Stellung genommen und am nächsten Dienstag soll dann die Schlussberatung stattfinden.

Die Lasten der Belegung.

Über den Umfang des besetzten Gebietes, über die Zahl der unterdrückten Deutschen, die infolge des Berliner Vertrages und der Ruhrpolitik Poincarés unter der französisch-belgischen Fremdherrschaft schmachten, herrscht noch immer nicht völlige Klarheit. Deshalb sei folgende Zusammenstellung mitgeteilt: Nach der Volkszählung von 1919 zählt das altbesetzte Gebiet rund 6 Millionen, das neubefetzte Gebiet Ruhrgebiet, Düsseldorf, Duisburg: 4 Millionen und das Saargebiet 700 000 Einwohner, insgesamt befinden sich also 11 Millionen Deutsche unter Fremdherrschaft, also mehr als der sechste Teil der deutschen Bevölkerung. Die Zahl der Ausgewiesenen beträgt rund 40 000 Haushaltsvorstände und 80 000 Familienangehörige, insgesamt 120 000 Personen. Zurückgekehrt sind hiervon 3000 Haushaltsvorstände mit 6000 Familienangehörigen. Mehr als 110 000 Personen warten also noch auf die Erlaubnis zur Rückkehr. Die Zahl der politischen Gefangenen im besetzten Gebiet wird auch jetzt noch auf etwa 1200 geschätzt. Die Höhe der insgesamt verhängten Freiheits- und Geldstrafen ist kaum zu ermitteln. Nur die Freiheitsstrafen gegen Beamte sind geschätzt. Hierbei wurde festgestellt, daß die Franzosen und Belgier seit dem Ruhrkampf gegen Beamte rund 1100 Jahre Freiheitsstrafen und Geldstrafen in Höhe von vielen Hunderttausenden von Goldmark verhängt haben.

Keine Sonderverhandlungen mit Frankreich.

Von außenpolitischer Seite erfährt der außenpolitische Mitarbeiter des Berliner Vorkriegs-Dienstes:

Die Unterredungen des deutschen Botschafters in Paris, Doersch, mit dem französischen Ministerpräsidenten Poincaré haben den Eindruck herbeigerufen, als handele es sich dabei um die Wiederaufnahme der direkten französisch-deutschen Unterhaltungen, die bereits Ende Dezember vorigen Jahres begonnen hatten. Die deutsche Regierung hat nicht die Absicht, irgendwelche direkten Sonderverhandlungen mit Frankreich zu führen. Die Aussprache des Botschafters mit Poincaré hatte lediglich den Zweck, eine Klärung in der Frage der Micum-Verträge herbeizuführen. Es kann sich späterhin darum handeln, daß zwischen der deutschen Regierung und Frankreich über die Erledigung gewisser technischer Einzelfragen verhandelt werden muß. Dies bedeutet jedoch nicht, daß Deutschland irgendwelche politischen wichtigen Probleme mit Frankreich direkt zu erörtern wünscht. Eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich kann nach deutscher Auffassung überhaupt nur herbeigeführt werden, nachdem die Reparationsfrage von allen beteiligten Mächten einer Lösung zugeführt worden ist. Ebenso verhält es sich mit der Schenkungsfrage und den anderen wichtigen Problemen, die alle nicht durch Sonderverhandlungen mit Frankreich geregelt werden können.